



Kiel, 25. September 2018

Nr. 305 /2018

Tobias von Pein und Martin Habersaat:

## Andere Organisationen würden aufgelöst werden

*Zu den heute vorgestellten Untersuchungen über den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch katholische Geistliche erklären Tobias von Pein, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Martin Habersaat, kirchenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:*

Tobias von Pein:

Die Kirchen, besonders die Katholische Kirche, haben den systematischen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch ihre Geistlichen über sehr lange Zeit vertuscht und geleugnet und waren in erster Linie darauf bedacht, ihre Funktionsträger vor juristischen Konsequenzen zu bewahren.

Das hat sich glücklicherweise geändert, und es ist begrüßenswert, dass in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, die stärker vom Katholizismus geprägt sind als wir, endlich die notwendige Aufarbeitung in Gang gekommen ist.

Diese darf aber nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Lediglich Daten aus Personalakten zusammenzutragen, wird dem Leid dem Opfer, das diese lebenslänglich mit sich herumtragen müssen, nicht gerecht. Im Mittelpunkt muss stehen, auf die Forderungen der Opfer zuzugehen, auch was materielle Wiedergutmachung angeht.

Martin Habersaat:

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Es ist gut, dass das Erzbistum Hamburg die eigenen Zahlen veröffentlicht und die Untersuchung bis in die heutige Zeit geführt hat.

Die Kirchen sind aufgefordert, in den eigenen Reihen Konsequenzen zu ziehen, vollständige Transparenz zu schaffen und aktiv mit den Justizbehörden zusammenzuarbeiten. Die Aufklärung kann nicht mehr durch eigene Gutachter oder ohne staatlichen Zugriff auf Archive und Zeugen erfolgen.

Jede andere Organisation mit Abhängigkeits- und Machtstrukturen, die ermöglichen, dass tausende von Männern sich jahrzehntelang an abertausenden Kindern und Jugendlichen vergehen konnten, würde aus gutem Grund vom Staat aufgelöst werden.